

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für
Daueranzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Vor dem christlichen Gewerkschaftskongress

Wo stehen wir?

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, ist in Essen der X. Kongress der christlichen Gewerkschaften bereits zusammengetreten. Er fällt in eine Zeit, in der die Geistesverwirrung in unserem Volke, zumal in der Arbeiterbewegung, aber auch unser wirtschaftliches und nationales Gland kaum noch einer Steigerung fähig erscheint. Für alle, die klar sehen in der großen Not unserer Zeit, steht zweierlei fest: Das ist einmal die Erkenntnis, daß der alte Geist und die alten Formen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht länger aufrechterhalten werden können. Eine neue Ordnung, geboren aus einem neuen Geist, muß an die Stelle des Alten treten, dessen Morschheit übrigens schon bewiesen war, ehe die Revolution kam. Aber, und das ist die zweite Erkenntnis, nicht der marxistische Sozialismus wird der Gestalter des Neuen sein. Zu sehr hat er in der Revolution, die ihn zur Macht emporgehoben, versagt, als daß noch irgendwelches Vertrauen in seine schöpferische Kraft gesetzt werden könnte.

Aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen, ist die Aufgabe des Essener Kongresses, eine Aufgabe von wahrhaft überragender Größe. Wird es der christlichen Arbeiterbewegung gelingen, das deutsche Volk wahrhaft zu erlösen, einerseits aus seiner Verhargie, andererseits aus seiner wahnwitzigen Verblendung, und einen Weg zu bahnen, der aus dem gegenwärtigen Chaos herausführt? Diese Frage, die eine inbrünstige Hoffnung in sich schließt, ist heute zur Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden. Aus ihr erklären sich die hochgespannten Erwartungen, mit denen nicht nur die zwei Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamten des deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern die weitesten Kreise des nichtsozialdemokratischen Deutschland, vor allem die Intellektuellen, dem Kongress entgegenblicken. Die große Aufgabe, die dem Kongress obliegt, hat in dem Kollegen Theodor Brauer, dem Kongressredner zu dem Thema: „Christentum und Sozialismus“, einen kühnsten Interpreten gefunden. In einem Aufsatz: „Wo stehen wir?“ im Oktoberheft der „Deutschen Arbeit“ zeichnet er in großen Umrissen ein Bild der gegenwärtigen Lage. Er stellt die Frage: Wo stehen wir als christliche Arbeiterbewegung? Welches ist unsere Aufgabe? und gibt darauf die folgende Antwort:

Wir stehen als christliche Arbeiterbewegung vor der Aufgabe, von dem Boden unserer Grundideen aus an die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung heranzutreten. Eine Rückkehr zu der alten bürgerlichen Ordnung ist nicht mehr möglich. Diese war morsch geworden; sonst hätte sie nicht mit einem Schlag der Revolution zum Opfer fallen können. Uebrigens würde sie ein so starkes gesellschaftliches Vordringen des Arbeiterelementes, wie wir es im Interesse der Zukunftsentwicklung wünschen müssen, nicht ertragen wollen und können. Eine Ordnung im Sinne des landläufigen Sozialismus können wir aber ebensowenig wollen. Sie scheitert nach Aussage der wenigen Verantwortungsbewußten unter seinen Vertretern an den heutigen Verhältnissen. So wälzt sich der christlichen Arbeiterbewegung die ungeheure Arbeit zu, der Neuordnung, die aufkommen muß und will, Form und Inhalt zu geben.

Was aber können wir tun? Wir sind eine verhältnismäßig kleine und junge Bewegung, und die Grenzen unserer Betätigung waren ursprünglich bewußt und gewollt eng gezogen. Mit einer Menge von Fragen und Tatsachen, deren Lösung und Beherrschung jede Ordnung der Gesellschaft unbedingt voraussetzt, haben wir uns nie befaßt, weil wir uns nicht zerstückeln und so für unsere Hauptaufgaben schwächen wollten. Dennoch —? Jawohl! Mit

einer durch unsere bisherigen Erfahrungen gerechtfertigten Zuversicht blicken wir auf das Banner, das uns, allen Widerständen zum Trotz, siegreich vorangetragen wurde und das die kurze, aber inhaltsschwere Lösung trägt: Christlich-national! Wir wissen natürlich, daß die Lösung christlich-national allenfalls eine Weltanschauung umschließt, aber nicht den Grundriß zu einer sozialen Ordnung in sich birgt. Allein die Betonung des Christlichen erschließt uns nicht nur die Schätze der christlich-sozialen Gedankenwelt unserer Väter, sondern liefert uns auch aus der christlichen Kulturzeit unseres deutschen Volkes eine solche Fülle von praktisch erprobtem Erfahrungsmaterial, daß wir uns vor jedem unsicheren und gefährlichen Experiment hüten können. Und die Betonung des Nationalen zwingt unseren Blick zu jeder Stunde sowohl in das Blickfeld, das die gegenwärtige trostlose und düstere Lage unseres Vaterlandes bietet, als auch in den Umkreis der großen Mission, die, so glauben wir unerschütterlich, der Schöpfer dem deutschen Volke in der Welt zugewiesen hat — sonst vermöchten wir in dem riesigen Ringen des Weltkrieges und seinem Ausgang keinen Sinn zu erblicken. So gehen wir denn getrost an die einzelnen großen und überragenden Gebiete heran, die die Neuordnung der Gesellschaft vor unseren Blicken aufrückt.

Fangen wir beim Wirtschaftsleben an. Die Macht, die das Kapital durch seine Verbindung zu weit ausgreifenden Plänen und Unternehmungen notwendiger- und natürlicherweise haben muß, darf nicht mehr zur Tyrannei und Despotie ausarten; daher Kontrolle der Kapitalverwendung durch die Allgemeinheit und Beschneidung der Riesengewinne zum Besten der Allgemeinheit, doch so, daß die wirklich wertvolle Privatinitiative nicht unterbunden wird. Privatmonopole dürfen nicht zugelassen werden. Sozialisierung im Sinne reiner Verstaatlichung ist abzulehnen und ebenso eine solche sogenannte Sozialisierung, die zur Ausbeutung der Verbraucher durch die Produzenten (Unternehmer und Arbeiter) führt. Andererseits erfordert die Lage der deutschen Volkswirtschaft die notwendige Regelung der Ein- und Ausfuhr sowie des innerwirtschaftlichen Güterausstausches eine gewisse Planmäßigkeit. Diese ist durch Ausbau der Selbstbewirtschaftungskörper zu einem lückenlosen System herbeizuführen, denn nur durch diese Lückenlosigkeit werden die unvermeidlichen Reibungen zwischen den einzelnen Produktionsstufen auf ein Mindestmaß beschränkt. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern sind durch Arbeitsgemeinschaften zu regeln, die insbesondere auch die Wirtschaft vor Erschütterungen durch Streiks u. dgl. zu behüten haben.

Allein, die Durchführung der Grundforderungen setzt eine alles umfassende, alles wie aus einem unverfälschten Quell immer aufs neue erfrischende und durchdringende Grundidee voraus. Und diese Grundidee bieten wir der modernen Volkswirtschaft mit unserem Willen dar, uns christlich-national zu betätigen. Was nützt alle Aufklärung über die Notwendigkeit unserer Wirtschaft, alles noch so raffiniert ausgeklügelte Inbeziehungsetzen aller Faktoren des Wirtschaftslebens, wenn es an Verantwortungsbewußtsein und Pflichtbewußtsein auf den verschiedensten Seiten fehlt! Ohne dieses Bewußtsein kein Sichbescheiden des Unternehmers in der Kapitalauswertung, aber auch keine Hingabe des Arbeiters an sein Werk. Ohne solches Bewußtsein keine Abkehr von der Mechanisierung, die den Arbeiter zum bloßen Werkzeug und Produktionsmittel degradiert, kein Sichbeugen des Arbeiters unter die Autorität der Betriebsleitung; ohne dasselbe keine Schnelligkeit auf der Basis der Menschlichkeit und keine Wiedererweckung des Berufsgedankens mit seinen unermeßlich großen Werten. Ohne dasselbe vor allem kein Sohl-

daritätsgefühl zwischen Unternehmern und Arbeitern — nicht auf Kosten des Verbrauchers, sondern im Sinne der gemeinnützigen Gewerbeförderung. Wir wollen dieses Pflichtbewußtsein, dieses Verantwortungsbewußtsein, heute und immerbar herleiten und speisen aus den ebenso unjagbar klugen wie einfachen, aber die Selbstüberwindung fördernden Motiven des Christentums und ebenso aus unserer nationalen Selbstbestimmung heraus. Kein Materialismus wird die Humanitätsforderung durchführen können, daß der Mensch Mittelpunkt der Wirtschaft sein müsse. Er kann es nicht, weil es ihm niemals gelingen wird, das für seine Herrschaft der Fesseln entledigte Erbleben erneut und dauernd in Fesseln zu schlagen; er glugs sofort an seinen eigenen Konsequenzen zugrunde. Daran scheitert heute aller Sozialismus landläufiger Art. Was der folgerichtigst durchdachte Sozialismus, jener von Karl Marx, Gutes an sich hat, deckt sich mit der Lehre der Kirchenväter oder der ausgesprochen christlichen Wissenschaft. Warum also erst aus getriebenen Quellen trinken, was aus der ursprünglichen Quelle rein und immerdar ergiebig fließt? Warum zum kosmopolitischen Internationalismus gehen, wo christliche und nationale Anschauungen in so greifbarer Uebereinstimmung sind?

Wirtschafts- und Rechtsauffassung stehen in lebhafter Wechselbeziehung. Die aus beiden fließenden Forderungen ergänzen daher einander. Versuchen wir, die Notwendigkeiten, über die die Not der Zeit zu einer mehr oder weniger allgemeinen Uebereinstimmung zwischen den um das Volkwohl Besorgten geführt hat, uns vor Augen zu führen, so ist es einmal diejenige, daß das Privateigentum kein schrankenloses sein dürfe. Und dann die andere, daß an der Rechtsfindung und Rechtsschöpfung die organisierten Gruppen selber beteiligt sein müssen. Hinter diesen beiden Hauptpunkten steht alles andere zurück. Der Materialismus aber muß vom Standpunkte des unbeschränkten diesseitigen Genusses aus schrankenloses Privateigentum verlangen, daher auch eine Rechtsordnung, die von dem absoluten Persönlichkeitsbegriff ausgeht, sich also keine regulierenden Eingriffe durch freie Rechtsschöpfung seitens etwaiger paritätisch organisierter Gruppen gefallen lassen kann. Und der Sozialismus? Er schlägt das Rad mit dem Bode aus und strebt nach Abschaffung des Privateigentums auf den wichtigsten Gebieten.

Demgegenüber bedeutet unsere Lösung „christlich-national“: erstens die Anerkennung des Privateigentums aus naturrechtlichen Gründen. Die naturrechtliche Forderung des Privateigentums wird durch die Untersuchungen der modernsten Naturwissenschaft und der Biologie aufs wirksamste unterstützt. Andererseits lehnt die christlich-soziale Auffassung die Schrankenlosigkeit des Privateigentums ab, verlangt vielmehr im vollsten Einklang mit der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die gemeinschaftliche Haftung des Eigentümers als eines Verwalters desselben im Dienste der Allgemeinheit. Nirgendwo wird insbesondere auch die Aneignung von Privateigentum in so enge Beziehungen zu der eigenen Arbeit gebracht wie hier. Zweitens verlangen wir aus nationalen Gründen die Wiedererweckung des guten deutschen Rechtes, das den genossenschaftlichen Bedürfnissen und Bestrebungen im weitesten Maße entgegenkam. Als der Sozialist Sinzheimer das Recht des Tarifvertrages tiefer begründen wollte, als er dem modernen Arbeitsrecht eine haltbare Grundlage verschaffen wollte, konnte er nicht anders, als auf das Genossenschaftsrecht des christlichen Mittelalters zurückzugreifen, auf dieses wirklich deutsche Recht. Darum sind wir auch hier wahrhaft modern, weil wir einen christlich-nationalen Aufbau der Rechtsordnung in innigstem Zusammenhang mit der deutschen Eigenart erstreben!

Wo finden die Besten unseres Volkes die Lösung der sozialen Gegensätze, die unser Volk wieder hochbringen sollen? In dem einträchtigen Zusammenwirken aller Schichten des Volkes und in der grundsätzlich gleichen Bewertung der verschiedenen Berufstätigkeiten. Die frühere bürgerliche Ordnung hat gegenüber diesen Forderungen praktisch versagt. Der Sozialismus lehnt sie grundsätzlich ab durch seine Auffassung von der Notwendigkeit der Entwicklung durch Klassenkämpfe, insbesondere wo diese Auffassung zu dem Rufe der Diktatur des Proletariates sich verdrängt. Unsere christlich-soziale Auffassung von dem Charakter der menschlichen Gesellschaft als eines lebendigen Organismus weist jedem Gliede dieser Gesellschaft, also jeder Gesellschaftsgruppe, die Eigenschaft eines unentbehrlichen Bestandteiles dieses Organismus an und verlangt die grundsätzlich gleiche Bewertung aller, weil nur so der Gesamtorganismus und damit wiederum jeder Teil desselben leben und gedeihen kann. Jeder Teil ist an der Gesunderhaltung der anderen Teile in gleicher Weise interessiert. Nirgendwo und in keiner Weise ist eine tiefere Begründung der Forderung auf Gleichberechtigung möglich. Und unter nationalen Gesichtspunkten, aus der Sorge um den Wiederaufbau unseres nationalen Gemeinwesens heraus, verlangen wir das Interesse des ganzen Volkes für die Sache der Arbeiterbewegung, weil diese die handarbeitende Bevölkerung so reorganisieren will nach der durch die Kriegsverhältnisse verursachten Anarchie, daß die Blutzufuhr für unser Gemeinwesen erneuert werden kann.

Schließlich wäre des Wiederaufbaues unserer Kultur zu gedenken. Da aber bedarf es keiner langen Ueberlegung und Beweisführung. Die deutsche Kultur stand hoch und gebietend da, solange es eine christliche und echt deutsche Kultur war, und sie brach nieder und wurde zu einer Gefahr für die Menschheit, als sie diesen Charakter in eitlem Selbstüberhebung abstreifte. Christlich-national! — Was hat man uns seither alles an Ersatz angeboten; es war bei weitem nicht einmal Talmi, wodurch wir im Kriege unser gutes Gold ersetzten. Man braucht nur einmal genauer anzusehen, was wir heute dem ausföhrig gewordenen Leibe unseres Volkes als „Kultur“ umgehängt haben: greller Flitter auf eiternde Geschwüre! Das reinste Auge wendet sich mit Ekel und Abscheu ab. Schreiende Lust über dem eigenen gähnenden Grab! Der Sozialismus verspricht eine Kulturerneuerung. Wo ist sie? Ist es nicht so, daß er auch das letzte bischen Nest an kindlicher Naivität, die nach Ausweis der Geschichte am Ausgang und Ende aller wirklich erhebenden Kultur steht, in ein faunisches Grinsen verwandelt hat? Wenn man seine Impotenz handgreiflich fühlen will, hier, auf dem Gebiet der Kultur, bietet sich entsetzende Gelegenheit dazu.

Und darum: Wir wollen es wagen und wir dürfen es wagen! Die entscheidende Stunde für die christliche Arbeiterbewegung ist da! Nun müssen wir hoch über uns selber hinaus! Es gilt nicht mehr und nicht weniger, als eine Welt zu erobern. Nur jetzt um alles in der Welt aus der ängstlichen Verzagttheit heraus! Eroberergeist und Märtyrergeist! Nur nicht sich anklammern an Bedächtigkeiten und schauernde Erwägungen! Das Sprichwort sagt, daß, wo ein Wille, da auch ein Weg sei. Wir brauchen nicht erst nach dem Wege zu suchen: wir haben ihn klar vor uns, und alle Welt wartet in schmerzlicher Spannung, ob er gegangen werden wird. Nur der Wille, der Wille! Wir haben es in der Hand, eine Zukunft zu bauen, für die uns alle kommenden Geschlechter danken werden. So sei es denn! Möge die Blut einer alles mitreisenden Begeisterung uns erfüllen. Voran, voran mit Gott!

Ärzte und Krankenkassen

Zwischen den Krankenkassenverwaltungen und den Ärzten besteht bekanntlich schon seit Jahren ein recht gespanntes Verhältnis. Der ärztliche Beruf ist seit langem überfüllt. Die ständig meiß in die Großstädte, zufließenden Ärzte finden keine ausreichende Existenz. Daher drängt alles zur Kassenpraxis. Die Kassen wehren sich gegen diesen unübersehbaren Zuwachs. Je mehr Ärzte sich in die zur Verfügung stehende Honorarsumme teilen, um so kleiner wird der Anteil des einzelnen. Die Folge ist dauernde Unzufriedenheit der Ärzte mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Die fortgesetzten Preissteigerungen auf allen Gebieten nötigten auch die Krankenkassen zu fortwährenden Aufbesserungen der Honorarätze. Während 1913 durchschnittlich 6 M. Arztgehälter auf den Kopf des Versicherten entfielen, wird sich diese Höhe für 1920 auf 30 M. erhöhen. Trotzdem bleibt die Unzufriedenheit, welcher Art auch sein mag, bestehen. Da auf Leistungen der Ärzte allgemein ein Anspruch besteht, ist es nicht zu verwundern, daß ein kleiner Teil der Ärzte, etwa ein Drittel,

den größten Teil der Honorarsumme bezieht, während die große Masse der Ärzte sich in den geringen Rest teilen muß. Wenn eine Kasse von 10 000 Mitgliedern jährlich 300 000 M. Arzthonorar an 10 Ärzte zahlt, so erhalten vier Ärzte etwa 200 000 M., jeder durchschnittlich 50 000 M., während die übrigen sechs sich in die verbleibenden 100 000 M. teilen müssen.

Denn je mehr Kassenpatienten ein Arzt hat, desto größer ist seine Einnahme. Da jeder Kranke den Arzt aufsuchen kann, der ihm genehm ist, und jeder Arzt sofort Patienten behandeln darf, als ihm beliebt, so sucht jeder Arzt einen möglichst großen Patientenkreis zu erlangen. Ein Arzt, der die Kranken gewissenhaft untersucht und daher viel Zeit auf jeden einzelnen verwendet, kann schon deshalb nicht sehr viel Kranke behandeln. Ist der Arzt aber streng im Arbeitsunfähigsschreiben und kommt er den Wünschen der Patienten im Verordnen von allerlei Arznei und Stärkungsmitteln nicht genügend entgegen, so bleibt sein Wartezimmer leer. Schon jetzt sind in Deutschland doppelt soviel Ärzte vorhanden, als nach der Zahl der Kranken nötig wäre. Außerdem besuchen noch 20 000 Medizinstudenten die deutschen Universitäten; sie werden die Zahl der beschäftigungslosen Ärzte in den nächsten Jahren noch vermehren.

Die Krankenkassen halten daher das Eingreifen der Gesetzgebung für dringend geboten. Sie wollen nicht dauernd mit der Gefahr von Ärztestreiks rechnen. Sie wissen aber auch, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ärzte doch nicht zutrieben stellen können. Vor allem aber streben sie an Stelle der heutigen Massenabfertigung der Kranken eine Verbesserung der Heilbehandlung an. Das kann nur dadurch geschehen, daß den Ärzten die Verwaltungsarbeiten abgenommen wird, die mit der Wsfertigung von Versicherten untrennbar verbunden ist. Auch die vielen kleinen Beratungen in einzelnen Fällen, die Inanspruchnahme des Arztes lediglich zu dem Zwecke, eine Brille, ein Bruchband, Bad oder Pflaster zu erhalten, alle die vielen geringfügigen Verordnungen der täglichen Kassenpraxis müssen den Ärzten abgenommen werden. Diese Leistungen machen etwa die Hälfte der Kassenpraxis aus. Sie könnten in Behandlungsstellen der Kassen von dazu besonders angestellten Ärzten verrichtet werden. Die Behandlungsstellen wären auch als Untersuchungsstellen einzurichten, um genaue Diagnosen zu stellen und die Patienten der geeigneten Spezialbehandlung zuführen zu können.

Den Kassenärzten bliebe dann genügend Zeit zur gründlichen Behandlung ihrer Kranken. Wünschenswert wäre es, wenn zu dieser Behandlung der Kassenpatienten nur solche Ärzte zugelassen werden, als wirklich nötig sind. Das hätte den Vorteil, daß das Honorar nicht unnötig verzertert, sondern jeder Kassenarzt eine ausreichende Existenz finden würde.

Sollten die Ärzte aber nicht bereit sein, mit den Kassen Verträge auf dieser Grundlage abzuschließen, so wäre den Verwaltungen die Befugnis zu geben, den Patienten einen angemessenen Selbstbetrag zu zahlen, um sich selbst ärztliche Hilfe zu beschaffen.

Wird eine solche Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes durchgeführt — wozu eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung erforderlich wäre — so könnten die Krankenkassen endlich allgemein die Krankenhilfe für die nichtversicherungten Angehörigen der Mitglieder organisieren. Dann würden auch weitere Beitragserhöhungen vermieden werden. Das ist wichtig. Denn heute sind die Beiträge auf 6 bis 7 Prozent des Lohnes gestiegen. Können also nicht beliebig erhöht werden. Das müßte aber eintreten, wenn die Arztfrage nicht anders geregelt wird. Es steht sogar zu befürchten, daß es dann zu neuen schweren Kämpfen zwischen Ärzten und Krankenkassen kommen wird. Der Krankenversicherung drohen dann schwere Gefahren, die im Interesse der Volksgesundheit gebannt werden müssen. Deshalb ist ein baldiger entscheidender Schritt der Gesetzgebung zur zwingenden Notwendigkeit geworden.

Kapitalbedarf und Kapitalbeschaffung in der Bauproduktionsgenossenschaft

Bei allem Wohlwollen, welches uns von nicht unmittelbar interessierten Kreisen bei der Errichtung von Bauproduktionsgenossenschaften entgegengebracht wird, dürfen uns weder Gefühle noch Einnahmen beeinflussen oder beherrschen. Oberster Grundsatz muß sein, aus eigener Kraft das Werk zu errichten und auszubauen. Damit werfen wir die Frage auf: Wie ist dies möglich? Allen an der Genossenschaft Beteiligten muß in Fleisch und Blut übergehen, soweit irgend möglich mit eigenem Betriebskapital zu

arbeiten. Es ist bei vielen Gründungen, wie ich Erfahrung bringen konnte, ein Geschäftsanteil von 300 M. festgelegt worden. Ich halte diesen Satz für gering. Der Mindestbetrag des einzelnen Genossenschaftanteils müßte auf 500 M. bemessen werden.

Betrachten wir uns zunächst einmal unsere Konsumvereine mit ihren nach tausenden zählenden Mitgliedern. Diese haben in den letzten Wochen und Monaten ihre Geschäftsanteile auf 150—200 M. höher heraufgesetzt. Der Geschäftsbetrieb des Konsumvereins baut sich auf der Güterverteilung auf. Die zu beschaffenden Waren sind heute gewaltige Summen notwendig. Die in Waren festgelegten Gelder sind aber leicht zu realisieren. Im allgemeinen rechnet man mit einem zwölf- bis fünfzehnfachen Warenumschlag im Jahre. Als festgelegtes totes Kapital kommt bei den Konsumvereinen eigentlich nur das Inventar in Betracht. Bei Neugründungen ist das zunächst in die Einrichtung, während bei den älteren Genossenschaften Haus- und Grundbesitz sowie Transportmittel (Automobile, Pferde, Wagen) hinzukämen. Ich will mit diesen Angaben nur auf die Art der festliegenden Kapitalien in den Konsumvereinen hinweisen, ohne genaue Aufrechnungen vorzunehmen, die für einen Geschäftsbetrieb notwendig sind. Sie gestatten uns aber doch einen annähernden Vergleich gegenüber unsere Produktionsgenossenschaften. Nehmen wir einen neu gegründeten Konsumverein mit 200 Mitgliedern im Geschäftsanteile zu je 200 M., so ergibt das ein Genossenschaftskapital von 40 000 M. Die jeder Einrichtung kostet heute mindestens 25 000 M. Es bleiben noch 15 000 M. für die Warenbeschaffung. Jeder Kauf geschieht heute nur gegen sofortige Barzahlung (Netto Kassa); nur vereinzelt kommt es vor, daß eine Zahlungsfrist von 2—4 Wochen gewährt wird. Nun genügen natürlich die 15 000 M. nicht, um alle Waren, die notwendig sind, zu beschaffen. Da nun aber beim Verkauf der Waren, der an die Mitglieder nur in bar erfolgt, mit dem ersten Tag wieder Geld hereinkommt, kann sofort und immer wieder Kauf bei regeltem Verkauf stattfinden. Kauf und Verkauf bedingen sich eben wechselseitig.

Wie würde sich nun die geschäftliche Abwicklung in der Produktionsgenossenschaft gestalten?

Unsere ersten Gelder müßten wir auch in toten Kapitalien, wie Geräten, Rüstzeug usw. festlegen. Nun wissen aber unsere Kollegen selbst, welche Preise heute für Bauartikel aller Art bezahlt werden müssen. Ein kleines Einfamilienhaus kostet heute schlüsselfertig, ohne Grundstück, etwa 60—70 000 M. Sollte eine Genossenschaft auch nur wenige Bauten auf verschiedenen Plätzen in Angriff nehmen wollen, so wird schon die Einrichtung gewaltige Summen verschlingen. Bei der Inbetriebnahme wird aber nicht wie im Konsumverein sofort wieder Geld hereinkommen. Zunächst müssen gewaltige Summen für Rüstung, Baustoffe, Löhne usw. ausgeworfen werden, ehe die erste Zahlung der Bauauftraggeber erfolgt. Man wird aber auch dann noch nicht das wieder bekommen, was man schon in dem Betrieb hineingesteckt hat. Die Zahlungen erfolgen in der Regel, wie ich aus meiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied einer Baugenossenschaft weiß, erst nach der Fertigstellung des Sockels und dann nach jeder Balkenlegung, aber auch nur immer in Abschlagszahlungen. Es mögen in der heutigen Zeit die Zahlungen etwas prompter eingehen und hier und da auch Vorzuschüsse oder Kredite gegeben werden. Auf diese völlig in der Luft hängenden Möglichkeiten soll man aber keinen Geschäftsbetrieb aufbauen, es würde das der Anfang vom Ende bedeuten. Wollen wir die Dinge von rein kaufmännischen Gesichtspunkten betrachten, so müssen wir wirkliche Großbetriebe einrichten, die gleich im Anfang über ein eigenes Betriebskapital von mindestens 1/2 Million verfügen. Die Möglichkeit, eine solche Kapitalsumme durch die Genossen aufzubringen, muß in Großstädten von dem Umfange, wie wir sie hier im westdeutschen Industriegebiet haben, unbedingt bejaht werden. Dort ist der Kreis der Personen, auf die wir uns stützen können, so groß, daß sogar viel größere Summen spielend aufgebracht werden müßten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß auch bei den reinen Baugenossenschaften, die sich mit der Errichtung von Wohnungen befassen, in letzter Zeit die Geschäftsanteile bis zu 500 M. erhöht worden sind. Nach dem vom Verbands der Baugenossenschaften aufgestellten Grundsatz müssen beim Bau von Genossenschaftshäusern mindestens 10 pSt. eigenes Kapital vorhanden sein. Auch hierbei ist zu beachten, daß nach Fertigstellung der Bauten in Form der Mieten sofort wieder Geld hereinkommt. Die fehlende Bausumme wird zum Teil in Form von Hypotheken beschafft, die von den Sparkassen oder der Landesversicherung gegeben werden.

Auf diese Art der Geldbeschaffung können wir in unseren Produktionsgenossenschaften nicht rechnen, weil wir keine belehnbaren Werte haben, sondern nur die Anteile und Haftsummen unserer Mitglieder, die aber immerhin bei vorübergehender Kreditbeschaffung wertvolle Dienste leisten können. Im allgemeinen wird jede Produktionsgenossenschaft gut daran tun, sich möglichst wenig auf Kredite zu verlassen und dafür um so härter die eigene Kraft anzuspannen. Es muß

möglich sein und ist auch möglich, daß in Großstädten tausend Mitglieder und mehr gewonnen werden. Man darf sich nur nicht ausschließlich auf Bauarbeiter beschränken. An unseren Bauproduktionsgenossenschaften sind alle Beamten, Angestellten und Arbeiter unserer Bewegung stark interessiert. Die Bauarbeiter und verwandten Berufe allerdings in besonderem Maße, weil sie Aussicht haben, in ihrem eigenen Betriebe zu arbeiten. Nicht eingehen möchte ich auf die Frage, ob denn alle die eben genannten Interessenten so kapitalkräftig seien, daß sie 500 Mark-Anteile auf den Tisch des Hauses legen könnten. Sie sind es leider nicht, denn sonst müßte ich in manchen Städten nicht mit 1000, sondern mit 50- bis 100 000 Mitgliedern rechnen. Dabei bleibt jedoch zu betonen, daß das System der ratenweisen Einzahlung auch dem wirtschaftlich Schwächsten die Erwerbung eines Geschäftsanteils ermöglicht. Ueber die sonstigen Möglichkeiten der Beschaffung des erforderlichen Betriebskapitals soll in einem weiteren Artikel einiges gesagt werden. Die nächste Aufgabe wird es nun sein müssen, größere Kreise für unser neues Unternehmen zu interessieren. Daß es auf dem ersten Teil des Weges Berge von Schwierigkeiten zu überwinden gilt, ist klar, darf uns aber nicht abhalten, alle Kräfte anzuspannen, um aus den Anfängen, denen einige Kinderkrankheiten sicher nicht fehlen werden, herauszukommen und ein großes und gesundes Werk zu schaffen.

Fr. Schm.

Allgemeines

Kinder in Not! Infolge der langen harten Zeiten, durch die wir hindurch mußten und noch müssen, zeigen sich jetzt allwärts die schweren Folgen der Entbehrung. Geschwächt und in ihrer Widerstandskraft gebrochen sind nicht nur die Erwachsenen, sondern am schwersten unter der Not zu leiden haben die Kinder, die nur auf die Hilfe anderer angewiesen sind.

In einer Zeit, wo der Staat außerstande ist, seinen wichtigsten Verpflichtungen nachzukommen, ist Selbsthilfe die einzige Lösung, und durch Selbsthilfe kann auch nur noch in Deutschland etwas geschehen, um den Jammer unserer Kleinsten abzustellen. Die Kindersterblichkeit wächst ins Furchtbare, Seuchen raffen Hunderttausende hinweg, und die Wohlfahrtseinrichtungen, die bis jetzt schon geschaffen waren, sind durch unsern wirtschaftlichen Zusammenbruch mit in den Strudel der Verwilderung gezogen worden und sehen sich außerstande, ihre Tätigkeit ohne außerordentliche Unterstützung von außen in dem Maße fortzusetzen, wie bisher geschehen.

Um die noch immer wachsende Not des deutschen Kindes zu lindern, haben sich die Wohlfahrtorganisationen Deutschlands zu einem großen Sammelwerk zusammengeschlossen. In den Tagen vom 26. November bis 6. Dezember wird eine Geldsammlung in ganz Deutschland stattfinden, deren Ertrag ausschließlich verwandt werden soll, dort Abhilfe zu schaffen, wo die Not der deutschen Kinder am größten ist.

Kind in Not! Ist der Ruf, der allen Deutschen bis ins Innerste dringen muß. Auch wir Arbeiter wollen uns an diesem großen Hilfswerk beteiligen. Geschlossen fanden sich die Arbeitnehmerorganisationen zusammen, um durch Förderung in ihren Kreisen dem Werke zu dienen.

Auch wir rufen unsere Kollegen auf, ihr Teil beizutragen zu dem großen Werk. Jeder einzelne tue sein Bestes. Die Baudelegierten sollen sich in den Dienst der Sammeltätigkeit auf den Arbeitsstätten stellen.

Sozialdemokratische Widersprüche in der Sozialisierungsfrage. Ein bezeichnendes Beispiel für die Unfähigkeit der Sozialdemokratie in bezug auf die praktische Seite des Sozialisierungsproblems bietet die Behandlung der Agrarfrage in den verschiedenen sozialistischen Parteien.

1. In den Leitlinien der Moskauer Internationale zur Agrarfrage wird erklärt, daß es in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern gut sei, „vorwiegend“ Großbetriebe anzuerkennen, wo aber wohnende Bauern wären, würde es gut sein, das Land aufzuteilen und es den Bauern zu geben.

2. Crispian auf dem unabhängigen Parteitag: „Es sei der größte Unsinn, den Bauern das Land zu geben. Das sei kein Mittel, den Bauer zum Anhänger der Revolution zu machen, wie Moskau es meint, sondern erfahrungsgemäß würden die kleinen Bauern Privatkapitalisten und Reaktionen. Außerdem würde man dadurch die große Masse der Landarbeiter, die dann leer ausginge, gegen die U. S. P. D. einnehmen. Das einzige Mittel sei das auf dem Programm der U. S. P. D. vorgeschlagene: Die sofortige Verstaatlichung des Großgrundbesitzes und Belassung der Landarbeiter auf diesem Großgrundbesitz als Beauftragte des proletarischen Staates.“

3. Georg Schmidt auf dem mehrheitssozialistischen Parteitag: „Eine oberflächliche Verteilung meint, die Landarbeiter könnten die gewerkschaftliche Bewirtschaftung der Güter schon heute übernehmen. Ich bezweifle, daß die Landarbeiter in ihrer Gesamtheit heute

Am 20. Novbr. ist der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Schon dafür reif ist. Die Frage, welche Betriebsgröße in der Landwirtschaft für die Sicherung der Volksernährung von der höchsten Bedeutung ist, hat noch immer nicht geklärt werden können. Angeklart ist auch die Frage, welche Betriebsart für die Volksernährung am meisten geleistet hat. Nach unserer Auffassung darf die Beschlagung des Großgrundbesitzes auf keinen Fall unsere Lösung werden. Die großen, die Mittel- und die Kleinbetriebe sind dort zu erhalten und zu fördern, wo die natürlichen Grundlagen für eine dieser drei Betriebsgrößen vorhanden sind.“

So schlägt ein Vorschlag den andern tot. Das Ganze aber ist — „marxistischer Sozialismus“. Fragt sich nur, welches der richtige ist?

Der „Bergknappe“ und die Berufsverbände. Mit immer neuen Argumenten suchen die Bergarbeiterverbände nachzuweisen, daß alle auf Bechen beschäftigten Arbeiter, also auch die Bechenbauarbeiter, Schlosser usw., den Bergarbeiterorganisationen angehören müßten. Merkwürdig verfahrensweise wandelt dabei der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. In seiner Nr. 44 zitiert er die unabhängig geleitete Zeitung des soziald. Metallarbeiterverbandes, die sich dahin äußert, „daß ein Weg gefunden werden müsse, damit diese ungelieblichen Berufsverbände aus der Welt geschafft werden“. Diese Weisheit des unabhängigen Blattes gibt dem „Bergknappen“ Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

„Deutlicher kann den Fachverbänden die Erstzueberechtigung gar nicht abgesprochen werden, wie es hier vom Deutschen Metallarbeiterverbande geschehen ist. Diese Ausführungen bedeuten ein klares Todesurteil über die „unzeitgemäßen Berufsverbände“. Die hiermit angeführten Tatsachen und die eigenen Darlegungen der „Metallarbeiterzeitung“ zeigen und befestigen die Wirklichkeit. Die Bechenhandwerker und Tagesarbeiter sehen an ihnen zur Genüge, was von dem Herren Schlagwort „Nachverband“ und von dem Dreh mit den „andere gearteten Verhältnissen“ im Fichte der Tabaken übrigbleibt. Nicht der bergbaufremde „Nachverband“, sondern der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ist die richtige Berufsorganisation für die christlich denkenden Bechenhandwerker, Maschinisten und Tagesarbeiter.“

Bei uns haben diese Ausführungen des „Bergknappen“ nur ein Novitätchen hervorgerufen. Seit wann ist denn das Wort eines unabhängigen Blattes für uns maßgebend, sozusagen „beseelte Wirklichkeit“? Wir denken nicht daran, uns von dieser Seite vorzeichnen zu lassen, wie wir uns zu organisieren haben. Grundsätzlich bleibt für uns folgendes bestehen: Alle auf christlichem Boden stehenden Bauarbeiter, also auch die auf Bechen beschäftigten, gehören in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Wir ersuchen unsere Mitglieder, allwärts beimgemäß zu handeln und besonders auch unter den Bechenbauarbeitern die Agitation mit Nachdruck zu betreiben.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln

Eiegen. Der am 30. Oktober in dem Lohngebiet Eiegen begonnene Streik wurde am 4. November zum Abschluß gebracht. Gewerbetat Dr. Hesse, Vorsitzender unserer Schlichtungskommission, hatte die Parteien zu einer Verhandlung am 4. November zusammenberufen. Nach langer schwieriger Verhandlung kam folgende Einigung zustande:

1. Maurer und Zimmerer, die bislang die tarifmäßigen Löhne erhalten haben, erhalten eine Lohnerhöhung von 65 Pf. pro Stunde. Der bislang den tarifmäßigen Lohn nicht erhielt, bekommt den früheren Prozentsatz des jetzt erhöhten Stundenlohnes.
2. Bauhilfsarbeiter: Der Stundenlohn wird um 50 Pf. erhöht.
3. Die unter 1 und 2 angegebenen Lohnerhöhungen rechnen ab 1. November. Für Verheiratete und eintzige Ernährer ihrer Familie ab 18. Oktober.
4. Für Jugendliche und Bauhilfsarbeiter bleibt das Abkommen vom 10. Mai gültig.
5. Wer vor Beginn des Streiks sein Arbeitsverhältnis gelöst hat, hat keinen Anspruch auf Nachzahlung.
6. Voraussetzung ist, daß der Streik sofort abgebrochen wird, Maßregelungen finden nicht statt. Nachforderungen irgendwelcher Art, außer den am 27. September näher benannten Streitfällen, werden nicht gestellt.

Diesem Abkommen stimmten unsere Mitglieder in der am 4. November nach der Verhandlung tat. gesundenen Versammlung zu. Dasselbe geschah auch von dem Zimmererverband. Der Deutsche Bauarbeiterverband konnte, da er seinen Mitgliedern die Abreise nach der Heimat gestattet hatte, keine Versammlung abhalten, wodurch derselbe in eine mißliche Lage gekommen ist. So geht es, wenn man getroffene Vereinbarungen nicht hält. Es war beschlossen worden, daß alle Streikenden sich in der ersten Woche im Streikgebiet aufhalten sollten. Dies geschah aber den Hauptschreibern nicht, als der Kampf nun wirklich entbrannt war, und so reisten sie ab. Durch den Kampf haben wir leider nicht alles erreicht, was erreicht werden sollte. Aber das eine ist erreicht, daß wir dem Arbeitgeberverband gezeigt haben,

daß man wohlwertigere und ernstlich geprüfte Forderungen der Bauarbeiter nicht einfach durch ablehnende Schreiben erledigt, sondern, daß man darüber verhandelt. Wir haben gezeigt, daß wir zu kämpfen wissen, und gerade unser Verband hat durch seine aufklärenden Artikel in den Tageszeitungen der Öffentlichkeit Margelegt, daß das Recht auf unserer Seite war. Von der gegnerischen Seite, die in den Versammlungen den Mund nicht voll genug nehmen konnte, hat man in der Öffentlichkeit wenig gehört.

Die Siegerländer Bauarbeiterschaft kann und wird nunmehr selbst prüfen, wo ihre Interessen am besten vertreten werden. Unsere Mitglieder müssen, sollen noch weitere Erfolge erzielt werden, in frischer, fröhlicher Weise eintreten für unseren christlichen Bauarbeiterverband. A.

Besprechungen über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung unserer neuen Tarifverträge begegnet mancherlei Schwierigkeiten. Um eine Klärung der einigermaßen verworrenen Verhältnisse herbeizuführen, hatte das Reichsarbeitsministerium am 1. November zu zwei Sitzungen eingeladen. Zur ersten Sitzung waren außer den Vertragsparteien auch die Vertreter von Industrie und Bergbau zugezogen. Gegenstand der Besprechung war die sogenannte „Einschränkungsklausel“, die auf Drängen der Industrieorganisationen vom Reichsarbeitsministerium der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der alten Verträge angehängt worden war und die besagte, daß die Allgemeinverbindlichkeit sich nicht auf das Arbeitsverhältnis derjenigen Bauarbeiter erstreckt, die in Betrieben, die nicht Baubetriebe sind, dauernd mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt werden. Gegen diese Klausel ist von den baugewerblichen Organisationen sofort Protest eingelegt worden, leider ohne Erfolg. In der nunmehrigen Besprechung glaubte der Vertreter des R.A.M. feststellen zu können, daß sich die Klausel im allgemeinen berührt habe. Derselben Ansicht waren natürlich auch die Vertreter der Industrie und des Bergbaues. Sie erklärten, die Industrie würde sich unter keinen Umständen auf den Wegfall der Klausel einlassen. Praktisch würde das bedeuten, daß in einer Fabrik 4, 5 oder mehr Tarife bestünden; das sei einfach ein Unbiling. Außerdem seien die Bauarbeiter für sie „unproduktive“ Arbeiter. Es gehe aber nicht an, diesen einen höheren Lohn zu zahlen wie den produktiven Arbeitern. Von den Vertretern der Bauarbeiterorganisationen wurde Wegfall der Klausel beantragt. Der Standpunkt der Industrie laufe im Grunde darauf hinaus, daß die Bauarbeiter in den industriellen Betrieben sich willenslos den von den Industrieorganisationen getroffenen Vereinbarungen fügen sollten. Das sei für uns eine unannehmbar Zumutung. Wir könnten für die Industrie nicht Abmachungen treffen, die von dem Inhalt unserer eigenen Verträge abweichen. Zudem beständen für die gebräuchlichsten Bauarbeiten in den industriellen Betrieben (Fensterungs- und Schornsteinarbeiten) besondere Tarifverträge mit besonderen Zuschlägen. Weiter entstehe die Frage, wie es gehalten werden solle, wenn Betriebsbauarbeiter und Firmenbauarbeiter in einem Werk nebeneinander arbeiten, dieselbe Arbeit machen. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes, Herr Behrens und Herr Feuer, mußten, abweichend von ihrem persönlichen Standpunkt, erklären, daß die überwiegende Mehrheit der baugewerblichen Arbeitgeber ebenfalls die Klausel ablehnt. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums schloß die Sitzung mit dem Bemerkten, daß die vorgebrachten Gründe im Ministerium nochmals nachgeprüft werden sollten. Dieses würde sich bemühen, einen Ausgleich zu finden. Angehts der Schwierigkeit der Verhältnisse könne dies jedoch nur ein Behelfsweg sein. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß auch die dringende Regelung den Interessen des Baugewerbes und der Bauarbeiter nicht entsprechen wird.

Anschließend fand eine weitere Sitzung statt, die sich mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der beiden Reichstarifverträge befaßte. Von den vertragsschließenden Arbeitgeberorganisationen — Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes — ist gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Reichstarifverträge wechselseitig Einspruch erhoben worden. Auf die Einzelheiten einzugehen verlohnt nicht, da die Differenzen sich fast ausschließlich aus der Spannung ergeben, die seit dem Vertragsabschluß im Frühjahr zwischen Hoch- und Tiefbauunternehmerorganisation besteht. Die Besprechung war denn auch weiter nichts, wie eine meist recht gereizte Auseinandersetzung zwischen den beiden feindlichen Brüdern. Da sich die Unmöglichkeit, in diesem Rahmen die Grundlage zu einer Einigung zu finden, bald herausstellte, wurde arbeitnehmerseits der Vorschlag gemacht, die beiderseitigen Streitpunkte sollten nochmals unter sich über die strittigen Punkte beraten mit dem Bestreben, eine Auslegung für jeden Streitpunkt zu finden, der einen erträglichen Zustand bis zum Ablauf der Verträge herstellt. Der Vorschlag wurde von den Arbeitgebern angenommen. Die Beratung wird am 29. und 30. November stattfinden.

Verbandsnachrichten

Waldbsee. Am Sonntag, den 31. Oktober, trat für die Bauarbeiter von Waldbsee eine Wendung in der Geschichte ihrer Bewegung ein. Der heftigste Wunsch vieler Kollegen verwirklichte sich: der Arbeiter in den christlichen Bauarbeiterverband Deutschlands. Kollege Koch vom Ilmsprach über: „Die christlichen Gewerkschaften und Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens“. In klaren Worten führte er uns vor Augen, daß heute der marxistische Gedanke nicht die Kraft besitzt, Erlöser der Menschheit hauptsächlich unseres deutschen Volkes, zu werden. Tiefere Kräfte, die des Katholizismus, allein können den Weg zur Rettung

weisen. Allen, die zum Wohle des Volkes und vor allem der Arbeiterschaft beitragen wollen...

Ibbenbüren, 8. November. Einen bösen Reinfall erlitt heute vor dem hiesigen Schöffengericht...

Buer. Unsere Ortsgruppe hat durch die Lauchert der Kollegen in der Werbetätigkeit leider viel von ihrem einst blühenden Stand verloren...

Koslau D.-S. In der Nummer 21 vom 1. November d. J. beschäftigt sich der „Gewerkschaftler“...

unternahmen, denn ihr Antrag lief erst am Tage vor dem auf den 8. Oktober angedachten Termin beim Schlichtungsausschuss ein...

Eine Landeskonferenz der Christlichen Gewerkschaften der Pfalz findet statt am Sonntag, den 5. Dez., vormittags 1/11 Uhr...

Sippstadt. Durch Unfall beim Fallenlegen stürzte unser treuer Kollege Wilhelm Steinamp...

Quidburg-Muhrort. Bei der Firma Konrad auf den Rhein. Stahlwerken verunglückte tödlich unser Kollege Heinrich Blüdebaum...

Bücherschau
Literatur-Anzeiger des Christlichen Gewerkschafts-Verlages

- 44. Rettung aus der Salutanot, von Dr. F. Reichert, 72 Seiten, Preis 5 M.
45. Zur Kohlen- und Koksfrage. Ihre Ursache und ihre Überwindung...
46. Sozialfrieden und Wiederaufbau...
47. Staatsbankrott und Vermögensrettung...

- (Georg Stille, Berlin, A. Seehof, Berlin.) Eine staatsrechtlich-wissenschaftliche Erörterung...
49. Reichsnotopfer. Gemeinverständliche Anleitung...
50. Volkswille und Parteiwesen, von Dr. E. Stadler...
51. Arbeitsgemeinschaft, von Otto Leibrod...
52. Wirkungen und Lehren der Revolution...
53. Die Seele der Schularbeit...
54. Konfessionelle Verständigung...
55. An den Pforten der Kirche...
56. Großstadtlend und Rettung der Gläubigen...
57. Der Kampf um die neue Zukunft...
58. Deutsche Auswanderung und Auslandsdeutschtum...
59. Religiöser Moralphilosophie...

Bekanntmachungen
Mittellung der Redaktion

Der wilde Streik in den Berliner Elektrizitätswerken legte auch die Druckereimaschinen still. Aus diesem Grunde konnte die Nr. 46 der Baugewerkschaft erst am Sonnabend (statt wie sonst am Dienstag) versandt werden...

An die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der Winterzahlstellen des Bezirkes Frankfurt a. M.

Die im vorigen Jahre stattgefundenen Konferenzen zur Einleitung von Versammlungen haben sich im allgemeinen nicht bewährt. Wir werden daher im Laufe dieses Winters von herartigen Konferenzen Abstand nehmen...

D. Schleicher, Frankfurt a. M., Bethmannstr. 13.

Sterbetafel. Am 20. Oktober starb nach einjährigem schwerem Leiden unser treuer Kollege Edward Heim im Alter von 52 Jahren an Mastdarmkrebs.
Am 9. November starb durch Betriebsunfall unser Kollege Heinrich Blüdebaum aus Brenthausen im Alter von 19 Jahren.
Durch Baufall starb unser treuer Kollege Wilhelm Steinamp.